

Verteidiger der Menschenrechte ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen

Von O Sun-yòng

„Arbeiter sind alle gleich. Wir fordern die Verabschiedung von Gesetzen zum Schutz ausländischer Arbeiter.“

Die Sommerhitze erreichte am 11. Juni mittags einen Höhepunkt. Man hörte plötzlich diese Parole. Ungefähr 20 ausländische Arbeiter, bekleidet mit weißen Hemden, auf denen dieser Aufruf abgedruckt war, und um den Hals eine eiserne Kette, schrien auf Koreanisch mit ausländischem Akzent laut diese Parole vor der *Myòngdong* Kathedrale. Einige von ihnen hatten sich kein Hemd angezogen, der Aufruf war ihnen direkt auf den Körper geschrieben. Sie waren aus Bangladesch, Sri Lanka, Burma und China nach Südkorea gekommen, um hier zu arbeiten. Sie begannen am 10. Juni ihre unbefristete Sitzblockade in der *Myòngdong* Kathedrale, um so Gesetze zum Schutz ausländischer Arbeiter und die Freilassung von Pfarrer Kim Hae-sóng zu fordern. Pfarrer Kim, der Leiter des Hauses für ausländische Arbeiter in Sòngnam, war wenigen Tagen vorher verhaftet worden.

Seit einiger Zeit wird durch die Medien über die Situation der ausländischen Arbeiter berichtet, dennoch gibt es immer noch kein Anzeichen dafür, daß ein institutioneller Schutz für die ausländischen Arbeitskräfte ergriffen würde. Deshalb begannen die Arbeiter ihre Sitzblockade, obwohl sie dann von Zwangsausweisung bedroht sind. Diese Aktion, mit der Ausländer im Zentrum der Hauptstadt eines fremden Landes ihre Rechte einforderten, wäre ohne die Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen nicht möglich gewesen.

Die Menschenrechtsbewegung für ausländische Arbeiter begann im Jahre 1992, als deren Zahl zunahm und sich dadurch soziale Probleme entwickelten. Anfänglich befaßten sich kirchliche Einrichtungen im Rahmen der Mission und der Menschenrechte mehr noch als die eigentlichen Menschenrechtsorganisationen mit den ausländischen Arbeitskräften. Auch heute noch arbeiten zahlreiche kirchliche Organisationen auf diesem Gebiet.

Im Jahre 1993 wurden Organisationen wie der "Zufluchtsort für ausländische Arbeiter" gegründet, die sich professionell und kompetent für Menschenrechte einsetzen. In den zwei folgenden Jahren entstanden weitere Organisationen, die eine aktive Tätigkeit entfalteten. Nachdem die Arbeiter aus Bangladesch, die mit dem Status von Praktikanten bzw. Auszubildenden nach Südkorea gekommen waren, 1995 die *Myòngdong* Kathedrale besetzt hatten, bildeten im Juli 1995 13 Organisationen gemeinsam mit fünf Vertretungen der Ausländer das „Maßnahmenkomitee für ausländische Arbeiter“ (*Oegugin nodongja taech'aek hyòbùihoe*). Die Vertreter dieses Komitees, das als Solidaritätsorganisation weiterhin aktiv ist,

sind Kim Hae-sòng, Pak Sòk-un, Pak Sun-hùi und Yi Ch'òl-sun.

Hier seien einige repräsentativen Menschenrechtsorganisationen für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter genannt: „Haus für ausländische Arbeiter in Puch'òn“, „Haus für ausländische Arbeiter in Sòngnam“, „Beratungsstelle Emmaus in Suwòn“, „Haus für Arbeiter in Ansan“, „Beratungsstelle für ausländische Arbeiter in Ansan“, „Frauenbündnis der Kirche in Korea“, „Zufluchtsort für ausländische Arbeiter“, „Zentrum für Arbeiter aus China“, „Dorf für ausländische Arbeiter“ (eine Einrichtung des Hauses der Barmherzigkeit). Außerdem gibt es ein „Forschungsinstitut für Arbeitspolitik“, das professionell die Politik gegenüber ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern erforscht.

Der "Zufluchtsort für ausländische Arbeiter", die bekannteste Organisation, stellte im März 1995 die Beratungstätigkeit ein und konzentrierte sich ausschließlich auf die Kampagne für die Zahlung von Entschädigungen an ausländische Arbeiter. Das Ziel der Kampagne bestand darin, Entschädigungen für in die Heimat zurückgekehrte Arbeiter, die während ihrer Tätigkeit in Korea durch Arbeitsunfälle verletzt worden waren, zu erreichen. Das Problem der Entschädigungszahlungen konnte durch eine Kollektivklage erfolgreich gelöst werden.

Das "Zentrum für Arbeiter aus China" berät professionell aus China gekommene Koreaner, die den höchsten Anteil an den ausländischen Arbeiter in Korea stellen, und chinesische Arbeiterinnen und Arbeiter. Das „Dorf für ausländische Arbeiter“ leistet insbesondere Hilfestellung im Alltagsleben und bei der Integration der Arbeitsmigranten. Die Häuser in Puch'òn und Sòngnam, die Beratungsstelle in Suwòn, das Haus für Arbeiter und die Beratungsstelle in Ansan leisten Beratungsdienste zu Problemen der ausländischen Arbeiter. Diese Einrichtungen erhalten hauptsächlich die Unterstützung und Förderung der Kirche.

Bei den Beratungen geht es meistens um ausstehende Lohnforderungen. Weitere Themen sind Arbeitsunfälle, medizinische Versorgung, Gewalttätigkeiten, Todesfälle, Ein- und Ausreiseprobleme oder Schwierigkeiten bei Geldüberweisungen. In letzter Zeit nehmen Beratungen über Heirat und Kinder aus bikulturellen Verbindungen zu. Die Organisationen versuchen in der Regel, in direkten Gesprächen mit den betreffenden Firmen oder den zuständigen Behörden Lösungen zu konkreten Fällen zu finden. Wenn sie jedoch auf gewissenlose Arbeitgeber treffen, mit denen man kein Gespräch führen kann, dann müssen sie sich mit solchen Fällen an das Arbeitsministerium wenden. Für die meisten Fälle kann jedoch eine Lösung gefunden werden, obwohl die Organisationen auf Grund des Personalmangels überfordert sind, und die Arbeit deshalb längere Zeit in Anspruch nimmt.

Neben der Beratungstätigkeit arbeiten die Organisationen durch vielfältige Bildungs- und Gruppenarbeit für die Integration der ausländischen Arbeiter in die koreanische Gesellschaft.

Sie nehmen an gemeinsamen Veranstaltungen teil, führen Unterschriftenaktionen durch und beteiligen sich an Sitzblockaden. Im vergangenen Jahr erklärten die Organisationen den Oktober zum „Monat der Ausländerinnen und Ausländer“. In diesem Monat organisieren sie Diskussionsrunden, öffentliche Veranstaltungen und Kulturfestivals.

Die Häuser für ausländische Arbeiter in Puch'òn und Sònghnam bieten auch Übernachtungsmöglichkeiten für die obdachlose Ausländer an. Viele Betroffene, darunter auch ausländische Arbeiter, die von ihrer Firma entlassen wurden oder plötzlich ohne Zimmer dastehen, nutzten diese Möglichkeit der Übernachtung.

Die Organisationen, die sich für ausländische Arbeiter, für die sich sonst niemand interessiert, einsetzen, haben mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ch'oe Chòng-kyu, Geschäftsführer des Maßnahmenkomitees für ausländische Arbeiter, stellte fest: "Das Hauptproblem besteht darin, daß es keine Gesetze bezüglich der ausländischen Arbeitskräfte gibt. Weil es keine Maßnahmen zum Schutz der Ausländer gibt, werden sie ungerecht behandelt. Das führt zu einer Zunahme der Problemfälle und Lösungen können nicht gefunden werden. Das ist die harte Realität."

Zu diesen Fragen gibt es seitens der Regierung nur die Verordnungen des Justizministers. Durch mehrere Blockadeaktionen und Demonstrationen wurde die Zusage erreicht, daß Artikel im Arbeitsgesetz u.a. zur Garantie eines Mindestlohns, zur Arbeitsunfall- und Krankenversicherung sowie zum Verbot von erzwungenen Überstunden Anwendung auch für ausländische Arbeiter finden werden. In der Praxis wird das jedoch nicht richtig umgesetzt.

Ein weiteres Problem stellt die Frage der Finanzierung dar. Die Hauptquelle sind Spenden. Die meisten Organisationen sind auf Spenden kirchlicher Einrichtungen angewiesen. Das Haus in Puch'òn wird von dem buddhistischen Tempel „Sòkwangsa“ und die Beratungsstelle in Suwòn von den örtlichen Katholiken unterstützt. Alle anderen Organisationen erhalten Gelder von den regionalen evangelischen Kreisen. In Puch'òn und Sònghnam gibt es z.B. sehr aktive Vorstände, die von Persönlichkeiten am Ort gebildet werden.

Der Mangel an Personal stellt ein weiteres Problem. Das Haus in Puch'òn bekam z.B. 1.260 Fälle im Jahr und die Beratungsstelle in Ansan 200 bis 250 Fälle im Monat. Beide Einrichtungen sind aber nur mit jeweils zwei hauptamtlichen Mitarbeiter/innen völlig unzureichend besetzt. Studenten oder auch Berufstätige helfen ehrenamtlich, und tragen dadurch zur Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit zwischen Koreanern und ausländischen Arbeitern bei. Die Situation in den anderen Organisationen vermittelt das gleiche Bild.

„Die Regierung ist in der Verantwortung und muß handeln“, betonte Geschäftsführer Ch'oe Chòng-kyu. Die koreanische Industrie könne heute die ausländischen Arbeiter nicht mehr entbehren. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit seien in die 3-D-Bereiche mit einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert. Stellen in diesen Bereichen würden mit ausländischen Arbeitskräften besetzt. Deshalb dürfe die Regierung die Probleme der ausländischen Arbeitskräfte nicht ignorieren.

Die Regierung zeigt jedoch keinerlei Absicht, zur Lösung beizutragen, sondern verfolgt einen Kurs der Unterdrückung. So wurden Kim Hae-sòng, Leiter des Hauses für ausländische Arbeiter in Sòngnam, und Yang Hye-u, der Geschäftsführer, mit der Begründung verhaftet, sie hätten die Vollstreckung amtlicher Dienste gestört, als sie versuchten, die Verhaftung ausländischer Arbeiter zu verhindern. Unter diesen Umständen muß wohl mit weiteren Behinderungen bei der Arbeit der Organisationen gerechnet werden. Den Organisationen ist bewußt, daß die Menschenrechte für alle Menschen gelten. Daher arbeiten sie auch unter schwierigen Bedingungen weiter als Verteidiger der Menschenrechte.

O Sun-yòng ist freier Journalist.

Dieser Beitrag ist eine Übersetzung des Artikels von O Sun-yòng in der Monatszeitschrift *Mal*, Juli 1996, S. 75-77. Übersetzung: Dr. Yoo Jung-Sook und Dr. Roland Wein.

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.